

MBJS
23.11- 72031

Datum: 28. Dezember 2019
Bearbeiter: David Grave
☎: +49 331 866-3772

**Protokoll
über die 18. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1. Amtszeit**

Sitzungstermin: 28.01.2019

Sitzungsort: Haus der Jugend, Schulstraße 9, 14482 Potsdam

Sitzungsleitung: Herr Kostrewa (Vorsitzender)

Protokollführung: Herr Grave (Geschäftsstelle LKJA)

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

→ Protokollanlagen:

1. *Teilnahmeliste*

Gesprächsinhalte:

Herr Kostrewa eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Der Tagesordnung wird in der am 14.01.2019 versendeten Form grundsätzlich zugestimmt.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 03.12.2018

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Zum Protokoll der letzten Sitzung vom 03.12.2018 gibt es seitens der Anwesenden keine Anmerkungen (16 ja/00 nein/01 Enthaltung).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Zu 3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

BE: Frau Ebell

Die Berichterstattung entfällt, da der UA nicht getagt hat.

Zu 3.2 Kindertagesbetreuung

BE: Frau Schiefelbein

Frau Schiefelbein berichtet, dass der UA zuletzt am 11.01.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden u.a. besprochen:

- Vernetzungsstelle Kitaverpflegung

Zu 3.3 Hilfen zur Erziehung

BE: Frau Miltz-Kulowatz

Herr Decker berichtet, dass der UA zuletzt am 18.01.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden u.a. besprochen:

- Fachdiskussion zur begleiteten Elternschaft mit dem Ziel der Entwicklung von Empfehlungen durch den LKJA; Fachgespräch mit MBSJ, MASGF, LASV usw.
- Erziehungsberatung: Gespräch mit der LAG Erziehungsberatung über die Herausforderungen

Zu 3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

BE: Frau Uhlworm

Die Berichterstattung entfällt, da der UA nicht getagt hat.

Weitere Verabredungen:

Keine.

TOP 4: Vorstellung Rundschreiben Schulabsentismus

BE: Frau Gellrich (MBSJ)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Gellrich berichtet den Anwesenden zu den Inhalten des Rundschreibens 17/18 (RS – Schulverweigerung) vom 03.12.2018 :

Das Rundschreiben hat – gemäß dem Titel – die Funktion einer Handlungsanleitung zur Durchsetzung der Schulpflicht bei unentschuldigtem Fernbleiben von der Schule und soll auf ein einheitliches Verwaltungshandeln von Schulen und Schulämtern hinwirken.

Wichtige Aspekte sind u.a.:

- die Einrichtung einer zentralen Datenerfassung (über ZENSOS) mit der Möglichkeit einer zentralen Auswertung der Daten im MBSJ. Die Ergebnisse und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen für schulaufsichtliches Handeln sollen regelmäßig mit den Schulämtern beraten werden.
- die Beschreibung des pädagogischen Handlungsrahmens von Schulen und Schulämtern in Kooperation mit den Jugendämtern und der Polizei
- Hinweis auf Informations- und Beratungspflicht der Schulen gegenüber den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern bei Schulpflichtverletzungen - auch zu

möglichen Konsequenzen

- Einheitliche Regelung, ab wann die Schulen Schulpflichtverletzungen in Form einer Schulversäumnisanzeige an das staatliche Schulamt melden (ab dem 6. unentschuldigten Fehltag im Quartal)
- Hinweis auf Schutzauftrag des Jugendamtes bei Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a SGB VIII und Information des Jugendamtes bei vorliegender bzw. vermuteter Kindeswohlgefährdung (insbesondere bei langandauernden und wiederkehrenden Schulpflichtverletzungen) durch die Schule/ das Schulamt

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 5: Auswertung der Klausurberatung des LKJA am 03.12.2018 – Fortsetzung der Arbeit mit den Ergebnissen

BE: Herr Kostrewa, Frau Ebell, Herr Scharf

→ Protokollanlagen:

2. Auswertung Klausur LKJA

3. Terminübersicht (LKJA und UA)

Gesprächsinhalte:

Herr Kostrewa und Frau Ebell berichten von einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und der Vorsitzenden der UA zu den am 03.12.2018 festgehaltenen Diskussionsergebnissen. Dabei wurden einige Schwerpunkte bzw. Arbeitsaufträge zur Weiterentwicklung priorisiert (siehe Anlage 2)

Im Anschluss werden folgende weitere Vorschläge durch die Anwesenden eingebracht:

- Wunsch nach intensiverer Zusammenarbeit mit politischen Akteuren bzw. Mandatsträgern, insbesondere in den UA gewünscht
- regelmäßige Berichterstattung aus dem Landtagsausschuss Jugend, Bildung und Sport (ABJS)
- Veröffentlichung von Terminen von LKJA- und UA-Sitzungen

Weitere Verabredungen:

- Übermittlung des Protokolls der Klausurberatung vom 03.12.2018 sowie der Zusammenfassung der einzelnen Punkte durch den LKJA-Vorstand an alle Mitglieder
- Behandlung der Punkte in den UA
- Etwaige Änderungen/ Zusätze werden durch die Vorsitzenden der UA an den Vorstand des LKJA übermittelt und in einem gemeinsamen Termin oder im Mailumlauf abgestimmt.
- Der Vorstand des LKJA verabredet einen Termin mit Herrn Westphal (MBJS) und der Geschäftsstelle des LKJA zur Umsetzung der Vorschläge.
- Übermittlung einer Terminübersicht (Sitzungen des LKJA sowie der UA) an die Mitglieder (siehe Anlage 3).

**TOP 6: Wahl von Mitgliedern in die Unterausschüsse gemäß § 16 Abs. 3 GO LKJA
– Unterausschuss Kindertagesbetreuung**

(Vorlage Nr. 47-18/19)

(Vorlage Nr. 48-18/19)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein stellt den Anwesenden die Wahlvorschläge vor.

Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss wählt, dem Vorschlag des Unterausschusses Kindertagesbetreuung folgend, gemäß § 16 Absatz 3 Geschäftsordnung des LKJA Herrn Reinhold Tölke (20 ja/00 nein/01 Enthaltung) sowie Herrn Marcel Gunia (20 ja/00 nein/01 Enthaltung) in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 7: Berufung weiterer Mitglieder der Unterausschüsse gemäß § 16 Abs. 6 GO LKJA – Unterausschuss Kindertagesbetreuung

(Vorlage Nr. 49-18/19)

(Vorlage Nr. 50-18/19)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein erläutert die vorliegenden Beschlussvorlagen zur Berufung zusätzlicher Mitglieder in den Unterausschuss.

Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss stimmt dem Vorschlag des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zu und beruft gemäß § 16 Absatz 6 Geschäftsordnung des LKJA Frau Solveig Haller (21 ja/00 nein/00 Enthaltungen) sowie Frau Ingrid Pliske-Winter (21 ja/00 nein/00 Enthaltungen) in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 8: Stellungnahme des LKJA zum Bericht der Landesregierung zur Anwendung des § 1 Absatz 2 Kindertagesstättengesetz

(Vorlage Nr. 51-18/19)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein erläutert die Genese der Stellungnahme sowie die darin enthaltenen Empfehlungen des Unterausschusses.

Folgend weisen einzelne Ausschussmitglieder darauf hin, dass trotz Rechtsanspruch für einige Kinder kein Kita-Platz zur Verfügung steht.

Der LKJA beschließt den Entwurf der Stellungnahme und bittet den Vorstand und die Geschäftsstelle, die Stellungnahme dem MBSJ zuzuleiten (16 ja/02 nein/02 Enthaltungen).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 9: Stellungnahme des LKJA zu Fördergrundsätze für das Landesprogramm „Kiez-Kita – Bildungschancen eröffnen“

(Vorlage Nr. 52-18/19)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein erläutert die Genese der Stellungnahme sowie die darin enthaltenen Empfehlungen des Unterausschusses.

Der LKJA beschließt den Entwurf der Stellungnahme und bittet den Vorstand und die Geschäftsstelle, die Stellungnahme dem MBSJ zuzuleiten (20 ja/00 nein/00 Enthaltungen).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 10: Reform des Kita-Rechts – wie weiter nach dem Dialogforum „Aufwachsen in Brandenburg“?

BE: Frau Paepke (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Paepke berichtet vom Dialogforum und übermittelt den Anwesenden ein positives Feedback seitens der Hausleitung des MBSJ.

Kurzfristig sollen Dokumentationen der einzelnen Thementische auf die Website des MBSJ eingestellt werden.

Ausgehend von dem Dialogforum werden zwei weitere Diskussions-Foren zu den Themen Qualität/Monitoring sowie Elternbeteiligung geplant. Die Durchführung der Veranstaltungen soll bis spätestens Mai 2019 erfolgen.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 11: Stand Umsetzung „Gute-Kita-Gesetz“/ Monitoring

BE: Herr Westphal (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

1) Der Gesetzentwurf zur Umsetzung des § 90 SGB VIII wurde im ABJS noch nicht behandelt. Das MBSJ ist aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des ABJS schriftlich Stellung zu den eingegangenen Stellungnahmen (u.a. der kommunalen Spitzenverbände) zu nehmen.

Am 28.02.2019 erfolgt die Beratung im ABJS. Aktuell werden im politischen Raum folgende Punkte im Gesetzgebungs- bzw. Rechtsverordnungsverfahren diskutiert:

- das „Nebeneinander“ von Verfahren zur Erstattung und Befreiung in den einzelnen Kommunen
- Höhe der Erstattungspauschale und deren Verankerung im Gesetz
- Umgang mit den unteren Einkommensgruppen.

2) Erarbeitung einer Rechtsverordnung zur Umsetzung des § 90 SGB VIII infolge der geplanten Gesetzesänderung. Nach der derzeitigen Zeitplanung soll diese am 20.05.2019 abschließend behandelt werden. Vorab soll der UA/LKJA beteiligt werden. Ferner wird eine Informationskampagne geplant.

3) Der Vertrag zwischen Bund und Länder zu den Qualitätsverbesserungen wird in einem Arbeitsgespräch erstmalig am 19.02.2019 verhandelt. Der Vertragstext ist bereits weitestgehend zwischen Bund und Ländern abgestimmt. Grundsätzlich besteht der Wunsch sowohl nach einem länderübergreifenden als auch nach einem länderspezifischen Monitoring. Das begleitende Monitorings soll im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorab diskutiert werden.

4) Derzeit werden im politischen Raum und mit den Akteuren im Feld folgende Handlungsschwerpunkte diskutiert:

- finanzielle Unterstützung verlängerter Betreuungszeiten
- Maßnahmen aus dem Fachkräftebericht
- Unterstützung der Träger und Eltern.

Der Bund hat die Länder aufgefordert, ihm vorab mitzuteilen, welche Handlungsfelder und Maßnahmen aus dem Gute-Kita-G finanziert werden sollen und wann die ersten Bund-Länder-Gespräche zum Vertrag vereinbart werden sollen. BB ist das erste Land, das bereits im Februar 2019 in die Verhandlungen mit dem Bund eintritt.

Im Anschluss diskutieren die Anwesenden zu folgenden Aspekten:

- „Nebeneinander“ eines ohnehin geplanten landesweiten Kita-Qualitäts-Monitoring und

dem länderspezifischen Monitoring des Bundes

- Verankerung der Höhe mit der Umsetzung des § 90 SGB VIII im Zusammenhang stehenden Erstattungspauschale im KitaG. Herr Westphal erläuterte, dass dieses aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen derzeit geprüft wird.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 12: Sachstand „Kita-Check“

BE: Frau Paepke (MBJS)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Paepke berichtet, dass gemäß dem Landtagsbeschluss vom 14.12.2018 bis zum 01.08.2019 der sogenannte „Kita-Check“ eingeführt werden soll. 150 Kindertagesstätten können hierbei auf freiwilliger Basis teilnehmen.

Der Auftrag für den im Landtagsbeschluss geforderten Bericht zur Analyse vorhandener Qualitätsmonitoring-Instrumente ggü. dem *Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam (IFK e.V.)* wurde ausgeweitet – u.a. soll der Bezug zum Gute-Kita-G hergestellt werden und eine Länderzusammenstellung der bestehenden gesetzlichen Regelungen soll erarbeitet werden. Der Bericht des IFK soll Ende März 2019 dem MBJS vorliegen, auf dieser Grundlage wird der Bericht des MBJS an den Landtag bis Mai 2019 erarbeitet.

Folgend äußert sich Frau Paepke noch zu folgenden Aspekten:

- Mit der Umsetzung des Kita-Checks sind weitere vorbereitende Maßnahmen verbunden wie z.B. die Vergabe der Datenbank
- zur Verfügung stehende Haushaltsmittel im Einzelplan.
- das „Nebeneinander“ von verschiedenen Qualitätsmanagementsystemen im Land ist bekannt.

Weitere Verabredungen:

Das MBJS wird gebeten, eine Aufstellung darüber anzufertigen, wer bislang schon wo ein Monitoring durchführt. Mit der Berichtslegung an den Landtag wird dieser Berichtsgegenstand sein.

TOP 13: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG – Richtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit

(Vorlage Nr. 53-18/19)

BE: Herr Friedel (MBJS)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Kostrewa und Frau Ebell gehen zunächst kurz auf die Thematik und die damit

verbundene Vorlage des MBSJ ein. Anschließend werden die Kritikpunkte einer Stellungnahme des *Fachverbandes Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V. (FJB)* vorgetragen. Auf dieser Grundlage hat der Vorstand den folgenden Vorschlag einer inhaltlichen Positionierung durch den LKJA formuliert, der ebenfalls zur Abstimmung gestellt werden soll:

Der LKJA nimmt die Stellungnahme des Fachverbandes Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V. vom 16.01.2019 zur Kenntnis und schließt sich den unter den Punkten 1 bis 5 vorgetragenen Fachpositionen an.

Unserer Auffassung nach bedarf es einer erneuten kritischen Auseinandersetzung mit öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, um das vom Land Brandenburg verfolgte Ziel des Ausbaus der Angebote für Sozialarbeit an Schulen in den Landkreisen im Sinne der Subsidiarität und der Pluralität bestehender Konzepte und Angebote umzusetzen.

Im Anschluss bringt auch Frau Schlüter ergänzend die Vorbehalte des Landkreistages vor.

Die Vertreter des MBSJ erläutern den Charakter einer Förderrichtlinie und die dieser Richtlinie zugrunde liegenden fachlichen Überlegungen.

Die Vertreter des MBSJ erklären auf Nachfrage zum weiteren Verfahren, dass man das Votum des LKJA zur Kenntnis nehmen wird, die Entscheidung über das Inkrafttreten der Richtlinie jedoch letztendlich bei Frau Ministerin Ernst liegt. Die Herstellung des Benehmens sei wichtig, ein Einvernehmen sei jedoch nicht notwendig

Der Beschlussvorschlag des MBSJ, festgehalten in der Vorlage Nr. 53-18/19, wird durch die Mitglieder des LKJA (03 ja/15 nein/02 Enthaltungen) abgelehnt. Das Benehmen gilt als nicht hergestellt.

Der o.g. Stellungnahme des Vorstandes des LKJA vom 24.01.2019 wird hingegen zugestimmt (18 ja/00 nein/02 Enthaltungen).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 14: Angebote der Ferienbetreuung für Jugendliche mit Behinderung, insbesondere der geistigen Entwicklung

BE: Herr Friedel (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Friedel unterrichtet darüber, dass im Landesjugendplan ab 2019 1,2 Millionen Euro für Angebote der Ferienbetreuung für Jugendliche mit Behinderungen zur Verfügung stehen. Diese sollen in inklusiven Angeboten umgesetzt werden. Zurzeit sucht das MBSJ nach einem Träger, der als Zentralstelle sowohl die inhaltliche wie auch die administrative Umsetzung übernimmt. Dazu wird in den kommenden Sitzungen weiter berichtet.

Im Anschluss diskutieren die Anwesenden zu folgenden Aspekten:

- Hortbetreuung
- Zeitpunkt der Veröffentlichung des Angebotes aufgrund der Planungsnotwendigkeit der Angebotserbringer
- Öffnung des Angebotes für alle Arten von Behinderung

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 15: Information zum überarbeiteten Gesamtkonzept „Frühe Hilfen“

BE: Frau Wagner (MBJS)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Wagner informiert zum Stand der Überarbeitung des Gesamtkonzeptes des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen zwischen Bund und Ländern über die Bundesstiftung Frühe Hilfen gemäß § 3 Absatz 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) vom 01.10.2018.

Der Fonds "Frühe Hilfen" ist mit einem Gesamtvolumen i. H. v. 51 Mio. Euro ausgestattet, der Anteil Brandenburgs beläuft sich auf knapp 1,5 Mio. Euro.

Die Länder sind gemäß Artikel 5 Abs. 4 der VV Fonds Frühe Hilfen gefordert, zur Erreichung der Ziele des Fonds und des Stiftungszwecks länderspezifische Gesamtkonzepte zu erstellen und dem Bund vorzulegen. Darin sollen die Länder die Ausgangslage im Kinderschutz, Entwicklungsziele in den Frühen Hilfen und Maßnahmen zu deren Umsetzung darlegen. Vor diesem Hintergrund wurde eine Anpassung des Gesamtkonzeptes Frühe Hilfen vorgenommen. Die Vorlage beim Bund soll bis zum 30.06.2019 erfolgen.

Herr Westphal ergänzte, dass die Bundesländer bis Mitte März einen Beschlussvorschlag für die JFMK zur Aufstockung der Mittel (konkrete Benennung der zusätzlich zu fordernden Mittel) ins Auge fassen.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 16: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Westphal (MBJS)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Westphal berichtet zu folgenden Themen:

- **SGB VIII-Reform:**
Die anstehenden Änderungen besitzen den Charakter einer grundsätzlichen Reform. Zur Umsetzung soll eine Arbeitsgruppe (100 Mitglieder, darunter auch Länder) eingerichtet werden und innerhalb von 5 Sitzungsterminen konkrete Vorschläge

<p>erarbeiten. Ein konkreter Gesetzesentwurf wird für den Herbst 2019 erwartet. Im Rahmen des 5. AG-Treffens soll diskutiert werden, ob die Reform die sogenannte "große" oder „inklusive Lösung" umfassen wird. Hinsichtlich der Erfolgsaussichten kann hierzu bislang keine Einschätzung erfolgen.</p> <p>BB möchte sich insbesondere bei den Themen Aufsichtshandeln sowie Digitalisierung einbringen. Bei den Überlegungen soll der UA JJQ eingebunden werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Themen der Rechtsaufsicht: <ul style="list-style-type: none"> a) Kita-Beiträge: in Einzelfällen bedarf es seitens der Kita-Träger einer Erklärung betreffend die Prüfkriterien, b) Elternbeitragsatzungen hinsichtlich § 90 SGB VIII, c) umA: Prüfung der Gewährung von Leistungen der Jugendhilfe für junge Volljährige (ehemalige umA) nach vollendetem 21. Lebensjahr
<p><u>Weitere Verabredungen:</u> Keine.</p>
<p>TOP 17: Verschiedenes</p> <p>→ <u>Protokollanlagen:</u> keine</p>
<p><u>Gesprächsinhalte:</u></p> <p>Herr Kostrewa verabschiedet sich. Frau Ebell und Herr Westphal bedanken sich für die langjährige Arbeit im LJHA und LKJA und besonders in seiner Funktion als Vorsitzender des LKJA seit September 2016.</p>
<p><u>Weitere Verabredungen:</u> Frau Ebell und Herr Scharf organisieren in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende Mitglieder die nächste Sitzung des LKJA und ggf. eine Nachwahl des Vorsitzes bzw. Vorstandes</p>
<p>Herr Kostrewa verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:15 Uhr.</p>

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, dem **20.05.2019**, von 14:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Haus 1, Raum E. 34), statt.

gez. Melanie Ebell
stellvertretende Vorsitzende des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer